

# REVOLUTION und Ausbildung

Auch im Jahr 2006 fehlen wieder 50.000 Ausbildungsplätze. Seit Ende der 90ziger bilden die Unternehmen und die staatlichen Institutionen immer weniger aus - mehr als 300.000 „Jugendliche“ (bis 25) warten auf eine Ausbildungsmöglichkeit. Unter der Schröder Regierung wurde der „Pakt für Ausbildung“ mit Vertretern der Wirtschaft geschlossen, dieser kam anstelle einer „Ausbildungsplatzabgabe“, die die SPD Fraktion unter Müntefering vorgeschlagen hatte. Diese Abgabe sah vor, das Unternehmen die nicht die Ausbildungsquote ihres Tarifvertrages erfüllten - Zahlungen an den Bund leisten sollten. Damit sollten Weiter -und Ausbildungsmaßnahmen der Länder und des Bundes finanziert werden.

Anstelle dieses Gesetz zu verabschieden machten Schröder und der damalige Wirtschafts -und Arbeitsminister Clement lieber ein Bündnis mit den Unternehmen und einige Pressekonferenzen auf denen alle Beteiligten warme Worte für die Jugend übrig hatten. An der Realität der Jugend in Deutschland hat dies jedoch nichts verändert - im Gegenteil die schulische und berufliche Situation verschärft sich jedes Jahr.

Genau wie ihre älteren KollegInnen müssen auch die Azubis in den Betrieben für weniger Geld arbeiten, haben weniger Arbeitsrechte und immer längere Probezeiten. In vielen Betrieben wurden die Vergütungen für die Azubis stark gekürzt, oft wurde dies direkt mit der Erpressung um Beendigung der Ausbildung verbunden - wenn die Azubis die Kürzung nicht akzeptieren müssten die Stellen gestrichen werden und die Jugendlichen könnten so die Ausbildung nicht beenden.

Die Wunschvorstellung der Wirtschaft ist klar: Wie G. Braun vom DIHK erklärte, sollten 280€ im Monat reichen, ein Azubi sollte bei seinen Eltern wohnen und die Betriebsführung allein über Probezeiten und Arbeitsgebiete entscheiden. Besonders bei den Praktika bei Mittelstand und Großindustrie werden diese Vorstellungen der Wirtschaft zur Ausbildung schon umgesetzt. Viele Jugendliche versuchen über die Praktika an feste Stellen oder Ausbildungsplätze ranzukommen, für diese Möglichkeit verzichten sie auf

Gehalt und Arbeitsrechte. Viele bekommen für ein halbes Jahr keinen Lohn und werden von verschiedenen Abteilungen „flexibel“ eingesetzt - d.h. flexible Ausbeutung vom Kaffee kochen bis zur hochspezialisierten Arbeit anstelle von Festangestellten.

Dieses System greift auch bei der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. Für unter 25-jährige gelten verschärfte Strafen und geringere Bezüge - gleichzeitig fungiert die Agentur mit anderen kommunalen und privaten Institutionen als direkter Vorgesetzter des Arbeitslosen.

Nach den Entscheidungen von verschiedenen Sachbearbeitern werden die Jugendlichen von Maßnahme zu Maßnahme geschoben, den privaten Firmen werden „Umsonst-Arbeitskräfte“ zugeteilt und die privaten Vermittler bekommen eine Pauschale von bis zu 500€ von der Agentur, der Arbeitslose sieht von diesem Geld fast gar nichts. Seit der letzten Verschärfung dürfen die Arbeitslosen auch nicht mehr selbst über ihren Auszug von den Eltern entscheiden, nur „schlimme soziale Verhältnisse“ rechtfertigen die eigene Haushaltsführung.

Für die weiter bei den Eltern lebenden wurden die Bezüge weiter gekürzt - dem jugendlichen Arbeitslosen werden sämtliche Rechte beschnitten, ist er/sie dann älter als 30 wird auch keine weitere Qualifizierung oder Ausbildung von der Agentur bezahlt.

Diese „Qualifizierungsmaßnahmen“ wurden in den letzten 10 Jahren drastisch gekürzt. Gab es 1996 noch mehr als 750.000 ABM Stellen, dort hatten alle Arbeitslosen zumindest die Möglichkeit auf eine weitere Ausbildung - sind heute weniger als 130.000 in solchen Maßnahmen. Gerade für die Jugend sind die Möglichkeiten auf Weiterbildung entscheidend für die weitere berufliche Zukunft, wenn heute die bürgerliche Gesellschaft diese Möglichkeiten abschafft hat das ökonomische Gründe. Zum einen wird vom Staat verlangt dass die Sozialausgaben gekürzt werden, weniger Ausbildungsplätze und weniger Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitslosen sind die Folge.

Zum anderen befindet sich die Wirtschaft in einer verschärften globalen

Konkurrenz, diese „neoliberale Globalisierung“ führt zu einem weltweiten Druck auf die Lohnkosten. Fusionen und Konzentrationen in vielen Sektoren der Wirtschaft führen zu dem Abbau von Arbeitsplätzen, ganze Standorte und Industrien werden verlagert. Die transnationalen Konzerne (TNK) können ganze Volkswirtschaften nach ihren Interessen neu ordnen, gerade die Verhältnisse in der „3.Welt“ zeigen diesen globalen Wettlauf der Wirtschaft.

Auch die Beschäftigten stehen daher in einer globalen Konkurrenz zueinander, alle Lohn -und Sozialkosten der Standorte werden vom Kapital verglichen, dort wo mehr Profit erwartet wird, wird auch investiert - die anderen Standorte gehen leer aus.

Durch diese globale Konkurrenz und die gestiegene Produktivität der kapitalistischen Wirtschaft werden immer weniger Beschäftigte benötigt, in vielen Sektoren gibt es Überkapazitäten - schon heute müsste und könnte die Arbeit gerechter verteilt werden, stattdessen erleben wir überall Mehrarbeit für weniger Lohn.

Recht auf Ausbildung!

Als antikapitalistische Organisation glaubt REVOLUTION nicht an die Versprechungen bürgerlicher Politiker und schon gar nicht den Phrasen des Kapitals. Die Realität zeigt, dass die Jugend unter verschärften Angriffen zu leiden hat.

In allen Ländern Europas werden die Arbeitsrechte der Jugend angegriffen, das Ersteinstellungsgesetz CPE in Frankreich ist beispielhaft für diese Politik. Jugendliche sollen als flexible Arbeitskräfte für Staat und Kapital zur Verfügung stehen, mit wenig Lohn und noch weniger Rechten.

Die Unternehmen können nach dieser Selektion sich die neuen Beschäftigten aussuchen, mit denen sie dann die Löhne der vorher Beschäftigten drücken und vorherige Arbeitsrechte einschränken können.

Für die Rechte der Jugend müssen wir diese Entwicklung stoppen - nur eine revolutionäre Umwälzung kann dieses System von Staat und Kapital

beenden!

Als REVOLUTION wollen wir als internationalistische Jugendorganisation den Kampf aufnehmen, die verschiedenen Kämpfe der Jugend bündeln um eine neue Jugendinternationale aufzubauen!

Wir wollen mit Dir zum nächsten G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm mobilisieren, dort können wir den globalen Angriffen der Jugend direkt unseren Protest entgegen stellen.

Wir fordern:

- Recht auf Ausbildung! - Jeder Jugendliche soll das Recht auf eine selbstgewählte Ausbildung erhalten!
- Keine Kürzungen des Azubi-Lohns! - das Geld für die Ausbildung muss auch zum eigenen Leben reichen!
- Keine Probezeiten oder flexible Praktika! - jede Ausbildung muss eine berufliche Qualifizierung zum Ziel haben!
- Ausbildungsabgabe für unwillige Unternehmen - wer nicht ausbildet muss zahlen!

!!!One Solution Revolution!!!